

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 184 (2018)

Heft: 10

Rubrik: Vermischtes

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Munitionslager Mitholz – grösseres Risiko als angenommen

Die Arbeitsgruppe, die der Bundesrat Ende Juni 2018 für das weitere Vorgehen im Zusammenhang mit dem ehemaligen Munitionslager Mitholz (BE) eingesetzt hat, hat Mitte August 2018 unter der Leitung von Brigitte Rindlisbacher die Arbeiten aufgenommen. Ein Zwischenbericht einer Gruppe von externen und internen Experten kommt zum Schluss, dass von den Munitionsrückständen im ehemaligen Munitionslager Mitholz ein höheres Risiko ausgeht als bisher angenommen. Es besteht laut den Experten aber keine Notwendigkeit, Sofortmassnahmen für die Bevölkerung zu ergreifen. Aufgrund der Experten-Empfehlung hat der Bundesrat Ende Juni 2018 entschieden, die Öffentlichkeit zu orientieren und eine Arbeitsgruppe einzusetzen.

Die Arbeitsgruppe Mitholz unter der Leitung der früheren Generalsekretärin des VBS, Brigitte Rindlisbacher, setzt

sich aus Vertretern der direkt betroffenen Stellen zusammen. Vertreten sind die Gemeinden Kandergrund und Kandersteg, vom Kanton Bern die Abteilungen Bevölkerungsschutz, Umweltsicherheit und das Regierungsstatthalteramt Frutigen-Niedersimmental, vom Bundesamt für Umwelt die Abteilung Gefahrenprävention, das Bundesamt für Strassen, die Sektion Umwelt des Bundesamtes für Verkehr, die Eidgenössische Finanzverwaltung, die BLS Netz AG sowie das VBS mit Vertretern des Generalsekretariates, der Armee, des Bundesamtes für Rüstung armasuisse und des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz.

Weiteres Vorgehen festgelegt

Nach bilateralen Absprachen hat sich die Arbeitsgruppe Mitte August zu ihrer ersten Sitzung getroffen. Dabei wurde insbesondere definiert, welche Themenfelder in den nächsten Monaten durch Un-

tergruppen zu bearbeiten sind, die entsprechend zusammengesetzt werden. In einem ersten Schritt wird möglichst rasch geklärt, welche zusätzliche Überwachungsmassnahmen nötig sind. Bei den weiteren Themen handelt es sich, wie vom Bundesrat beauftragt, um Abklärungen zur Reduktion des Risikos, um technische Untersuchungen, um die Notfallorganisation sowie um rechtliche Aspekte. Die gesamte Arbeitsgruppe Mitholz wird sich Anfang Oktober zur nächsten gemeinsamen Sitzung treffen.

Bis Ende September wird der vollständige Bericht der Experten zur Risikobeurteilung vorliegen und dem Bundesrat zur Kenntnis gebracht. Er wird anschliessend dem Bundesamt für Umwelt zur Beurteilung unterbreitet.

Armeeapotheke ausgelagert

Der Zwischenbericht der Experten hatte auch empfoh-

len, die Truppenunterkunft und ein Lager der Armeeapotheke, die beide in unmittelbarer Nähe zu den Munitionsrückständen liegen, zu schliessen. Auf Anweisung von Bundesrat Guy Parmelin wurden diese Empfehlungen bereits weitestgehend umgesetzt. Die Truppenunterkunft ist geschlossen, das Material aus dem Lager der Armeeapotheke ist bis auf kleine Restposten ausgelagert.

Sprechstunden für Bevölkerung

Das VBS steht mit den lokalen Behörden weiterhin im engen Kontakt und informiert sie laufend über die Entwicklung. Gemeinsam wurde beschlossen, periodisch Sprechstunden vor Ort anzubieten, an denen Vertreter des VBS für Fragen und Anliegen der Bevölkerung persönlich zur Verfügung stehen. Für allfällige Fragen kann sich die Bevölkerung an folgende Nummer des VBS wenden: 058 464 50 58. dk

Carlo Dietiker – neuer stv. Chef FUB



Bild: VBS

Ingenieur FH abgeschlossen. In der Folge hat er sich zum Betriebs- und Wirtschaftsingenieur FH an der Kaderschule St. Gallen weitergebildet und an der Universität Freiburg erfolgreich ein Executive MBA absolviert. Nach verschiedenen beruflichen Stationen war er von 2010 bis 2017 als Leiter Kunden- und Angebotsmanagement und Mitglied der Geschäftsleitung im Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) in Bern tätig. In seiner Milizfunktion ist Dietiker als Oberstleutnant im Fachstab Telecom der Führungsunterstützungsbasis der Armee (FUB) eingeteilt. Er folgt auf Daniel Zuber, welcher per 31. August 2018 die FUB verlassen hat. dk

Carlo Dietiker ist per 1. September 2018 zum stellvertretenden Chef der Führungsunterstützungsbasis der Armee ernannt worden. Der 56-jährige Dietiker hat nach seiner Berufsausbildung bei der Feintoil AG in Lyss 1986 die Fachhochschule Bern als Dipl. Masch.

RUAG Defence gewinnt Auftrag zu Gunsten der französischen Armee

RUAG Defence hat kürzlich einen weiteren, wichtigen Auftrag zu Gunsten der französischen Armee gewonnen. Das internationale Technologieunternehmen wird insgesamt 500 laserbasierte Zielsysteme, die das realistische Training von Infanterie-Truppen ermöglichen, entwickeln. Die Auslieferung ist innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre geplant. Mit diesem Auftrag baut RUAG Defence die Position als Spezialist für hochmoderne Simulationslösungen in Frankreich weiter aus.

RUAG Defence hat den Auftrag erhalten, 500 laserbasierte Zielsysteme für die französische Armee zu entwickeln. Die mobilen Systeme

sind leicht und flexibel einsetzbar, mit Zwei-Wege-Lasersystemen wie UCATT kompatibel und können sowohl bei Tag als auch bei Nacht eingesetzt werden. Dadurch ermöglichen sie eine realistische Soldatenausbildung auf höchstem Niveau und entsprechen den höchsten Anforderungen moderner Streitkräfte.

Ebenfalls Bestandteil des Vertrages sind Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten. Demnach wird RUAG Defence während der nächsten sieben Jahre die Einsatzfähigkeit der Systeme sicherstellen. Abgewickelt wird der Auftrag über die RUAG Defence France SAS. dk

www.ruag.com

Wassertransporte zu Gunsten von Alpwirtschaften

Die Armee hat diesen Sommer aufgrund der Trockenheit Wassertransporte zu Gunsten von Alpwirtschaften in mehreren Kantonen geleistet. Insgesamt haben Helikopter der Armee im Juli und im August in der West- und in der Ostschweiz dabei rund 1343,6 Tonnen Wasser transportiert.

Insbesondere in den Kantonen Waadt, Freiburg, Bern, St. Gallen, Appenzell Innerrhoden, Glarus und Luzern sind diesen Sommer aufgrund der aussergewöhnlichen Trockenheit auf vielen Alpen die Wassersquellen und Reservoire versiegt. Wo immer möglich wurden diese Alpen durch zivile

Lastwagen mit Wasser versorgt. Wo das nicht möglich war, haben sich die Behörden an die Armee gewandt, welche mit Helikoptern insgesamt rund 1343,6 Tonnen Wasser transportiert hat. Ziel war es, die Alpwirtschaften mit genügend Wasser zu versorgen, damit das Vieh nicht frühzeitig zurück ins Tal gebracht werden und/oder die Alpen den Betrieb einstellen mussten. Dabei transportierte die Armee zwischen dem 20. Juli und dem 30. August

- im Kanton Waadt insgesamt 586 Tonnen Wasser;
- im Kanton Freiburg insgesamt 349 Tonnen Wasser;

- im Kanton Bern insgesamt 53 Tonnen Wasser;
- im Kanton St. Gallen insgesamt 195 Tonnen Wasser;
- im Kanton Appenzell Innerrhoden insgesamt zwölf Tonnen Wasser;
- im Kanton Glarus insgesamt 139 Tonnen Wasser;
- im Kanton Luzern insgesamt 9,6 Tonnen Wasser.

Mit den Helikoptern wurden dabei auch mehr als 18 Tonnen Material (Wasserpumpen, -becken, -schläuche) transportiert. In den Kantonen Waadt und Bern kamen auch Truppen des Katastrophenhilfe Bereitschaftsbataillons 104 zum Auf-

und Abbau sowie teilweise zum Betrieb von Wasserbecken zum Einsatz. Anfang August unterstützte zudem ein Super Puma der Armee die zivile Feuerwehr bei der Bekämpfung eines Waldbrands im Verzasca-Tal.

Die Zusammenarbeit mit den zivilen Behörden und den Betreibern der Alpwirtschaften verlief problemlos, die Armee konnte alle Aufträge zur Zufriedenheit der Auftraggeber erfüllen. Die Kosten für die Leistungen der Armee gehen zu Lasten des ordentlichen Budgets des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS). *dk*

Personenschutz: Herausforderung einer Epoche

In Stans beendete das aus dem Schutzzdetachement Bundesrat hervorgegangene Militärpolizei Schutzzdetachement (MP SD) am 24. Mai 2018 mit einer feierlichen Zeremonie seinen ersten Wiederholungskurs und gab seine Standarte ab. Aus den Gesichtern seiner gegen 100 anwesenden Angehörigen, welche zivil in kantonalen Polizeikorps dienen, sprach der Respekt vor ihrer verantwortungsvollen Aufgabe. Darüber wundert sich seit den fast überall auf der Welt immer wieder brutal aufflackernden, unvermittelten Terrorattacken niemand mehr.

Der feierliche Rahmen stimmte, auch für die eindrucksvolle Botschaft der Nidwaldner Justiz- und Sicherheitsdirektorin Karin Kayser. Ausgehend vom Gleichnis eines Bauarbeiters, welcher seinen Stolz darüber kundgibt, als kleines Rädchen an der Errichtung einer Kathedrale mitmessen zu können, welche später durch ihre vollendete Schönheit Mittel zum Zweck der Anbetung Gottes wird, kam sie auf die Rolle des MP Schutzz-

detachementes zu sprechen und sogleich auf den Punkt: «Diese Einheit ist nur Mittel zum Zweck, unsere Unabhängigkeit, unsere Freiheit, unse-

ren Wohlstand und unsere Sicherheit zu schützen und zu verteidigen.»

Bemerkenswert auch die Aussagen von Oberst i Gst

Christian Sieber, Kommandant MP Schutzzdetachement, welche er zudem vor zahlreich erschienenen Vertretern militärischer und ziviler Behörden machte: Ihm geht es für die Festigungsstufe in letzter Konsequenz um die lückenlose Beherrschung des taktischen Handwerks des Personenschutzes. Neue Akzente wurden in den komplexen Übungen durch die Integration von Angehörigen der Nachrichtenzelle des Polizeiführungsstabes gesetzt. Konkret: Im Spital von Muri/AG konnten die Vorausdetachemente den Aufbau des Rettungswegs einer Schutzperson üben. Daraus zogen der Kommandant und sein Kader wertvolle Konsequenzen für künftige Einsätze und Übungen.

Immerhin 24 neu eingeteilte Angehörige konnte Oberst i Gst Sieber einzeln im MP Schutzzdetachement willkommen heißen, nachdem er mit persönlichen Worten sechs verdiente Dienstkameraden verabschiedet hatte.

Oberstl Karl J. Heim



Bild: ASMZ

Bundesrat will elektronisches Lageverbundsystem

Im Fall von Katastrophen und Notlagen müssen alle Akteure des Bevölkerungsschutzes über aktuelle und einheitliche Informationen zur Lage verfügen können. Deshalb hat der Bundesrat Mitte August 2018 beschlossen, die Realisierung eines einheitlichen elektronischen Lageverbundsystems weiterzuverfolgen. Damit will er einen Schwachpunkt in der Bewältigung von Krisen beseitigen. Das Vorhaben wird in die Botschaft zu einem Gesamtkredit für das nationale Sichere Datenverbundsystem aufgenommen.

Bei einem grossflächigen Stromausfall, einem starken Erdbeben, bei Hochwasser oder auch nach einem Terroranschlag ist es von zentraler Bedeutung, dass alle Akteure wie zum Beispiel kantonale Führungsorgane, Einsatzzentralen der Kantonspolizeien, Betriebe aus dem Bereich kritische Infrastrukturen oder Fach-

stellen des Bundes auf einheitliche Lageinformationen zugreifen können. Die heutigen elektronischen Lagesysteme verschiedener Organisationen sind untereinander nicht oder ungenügend vernetzt. Daneben gibt es Organisationen, die über kein elektronisches Lagesystem verfügen.

Bedarf nach Austausch von Lagedaten

Aus diesem Grund will der Bundesrat einen gemeinsamen elektronischen Lageverbund schaffen. Dieser soll einen Austausch von Daten unterschiedlicher elektronischer Lagedarstellungssysteme ermöglichen, die sich unter anderem auf geografische Informationssysteme abstützen. So haben die einzelnen Akteure auf einfache und rasche Art Zugriff auf die nötigen Lagedaten.

Eine Mehrheit von 18 Kantonen hat einem solchen Vorhaben eines gemeinsamen La-

geverbundes oberste Priorität zugeordnet, als sie zum «Bericht zur Zukunft der Alarmierungs- und Telekommunikationssysteme für den Bevölkerungsschutz» konsultiert wurden. Zudem haben grosse Übungen – etwa die Sicherheitsverbundübung 2014 (SVU 14) oder die Strategische Führungsumübung 2017 (SFU 17) – den Bedarf nach einem gesicherten elektronischen Lageverbund aufgezeigt.

Synergiepotenzial nutzen

Bei der Schaffung eines Lageverbundsystems besteht ein grosses Synergiepotenzial mit dem Projekt zur Ablösung des Meldevermittlungssystems Vulpus: In beiden Fällen geht es um den Austausch von Daten, beim Lageverbundsystem um den Austausch von grossen Datensätzen unterschiedlicher elektronischer Lagedarstellungen, beim technisch veralteten Vulpus um den sicheren Aus-

tausch einfacher Textmeldungen. Die Nutzer des Vulpus sind ebenfalls Nutzer des Lageverbundsystems. Zudem sollen beide Anwendungen auf dem Sicheren Datenverbundnetz aufgebaut werden, das auch Schutz bietet bei Stromausfall und Cyber-Attacken.

Der Bundesrat hat das VBS deshalb beauftragt, die Realisierung eines elektronischen Lageverbundsystems im Rahmen der Ablösung des Meldevermittlungssystems Vulpus weiterzuverfolgen und in die Botschaft zu einem Gesamtkredit für das Sichere Datenverbundsystem aufzunehmen. Das VBS soll dem Bundesrat die Botschaft, inklusive detaillierter Angaben zum Ressourcenbedarf, bis Ende 2018 vorlegen. In die Arbeiten unter der Leitung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS) sollen Stellen des Bundes und der Kantone einbezogen werden. - dk

Trilaterales Verteidigungsminister-treffen in Bern

Bundesrat Guy Parmelin hat vergangenen August seine deutsche Amtskollegin, Bundesministerin Ursula von der Leyen, und seinen österreichischen Amtskollegen, Bundesminister Mario Kunasek, in Bern zu Arbeitsgesprächen getroffen. Das trilaterale Treffen dient dem Austausch über aktuelle Fragen der nationalen und internationalen Sicherheitspolitik. Dabei handelt es sich um das zweite Treffen im Format Deutschland-Österreich-Schweiz auf Stufe der Verteidigungsminister. Das erste solche Treffen fand im März 2017 in Berlin statt.

Auf der Agenda standen ein Austausch über die allgemeine sicherheitspolitische Lage in Europa sowie spezifische regionale Fragen, zum Beispiel

mit Blick auf den Westbalkan oder die Ukraine. Weiter wurden das Thema Cyber und die Herausforderungen, die sich auf diesem Gebiet stellen sowie die sicherheitspolitischen Entwicklungen auf Ebene von EU und NATO besprochen.

Österreich und Deutschland gehören zu den wichtigsten Partnern der Schweiz in der sicherheitspolitischen und militärischen Kooperation. Neben dem regelmässigen Austausch über aktuelle Themen gibt es auch eine Reihe von konkreten Kooperationen, zum Beispiel bei der militärischen Ausbildung oder beim grenzüberschreitenden Luftpolizeidienst, wo die Schweiz mit beiden Staaten bilaterale Abkommen abgeschlossen hat. dk

«Entscheiden in kritischen Situationen» – Die Herbsttagung der MILAK

Einführung

Bei der Einführung und auch bei den weiteren Vorträgen durften die Teilnehmer einige Entscheide fällen. Dank technischer Hilfsmittel konnte das Resultat der Entscheidung sichtbar gemacht werden. Umso gespannter folgte man den Ausführungen zu den wirklich getroffenen Entscheidungen.

Jeweils im Anschluss wurden diese Berichte aus der Praxis jeweils von Anne Herrmann, Professorin für Wirtschaftspsychologie an der FHNW, und Hubert Annen aus wissenschaftlicher Sicht gespiegelt.

Schiedsrichter

Sascha Amhof, Ausbildungsverantwortlicher für Schiedsrichter im Schweizerischen



Dr. Hubert Annen, Tagungsleiter, führt ins Thema ein.

Bild: ZEM

Fussballverband und ehemaliger FIFA-Schiedsrichter, schilderte bildlich die besonderen Herausforderungen eines Schiedsrichters. Er muss sich so positionieren, dass er mögliche Vergehen sehen kann, er muss es als solches erkennen und daraufhin entscheiden, ob er es ahnden will oder nicht. Dies alles geschieht innerhalb weniger Sekunden. Dabei machte er auch deutlich, was ein Schiedsrichter tun kann, um auch nach Fehlentscheidungen, Autorität und Respekt aufrechtzuerhalten.

Herzchirurg

Professor Thierry Carrel, Direktor der Universitätsklinik für Herz- und Gefässchirurgie am Inselspital Bern, unterstrich die Bedeutung eines gut funktionierenden Teams,

in dem – ungeachtet der Hierarchie – von allen Beteiligten erwartet wird, dass sie auf mögliche Fehler oder Probleme hinweisen. In der Planung des Ablaufes sei auch die Frage zu klären, in welchem Zeitpunkt welche Varianten des Abbruchs möglich seien.

Generäle

Der deutsche Brigadegeneral André Bodemann und der niederländische Generalleutnant a.D. Mart de Kruif berichteten über ihre Einsatzfahrungen in Afghanistan. Sie zeigten anhand eindrücklicher Beispiele, was es heißt, unter Zeitdruck und auf einer spärlichen und ungesicherten Informationsgrundlage Entscheidungen mit grosser Tragweite zu treffen.

Nach nur wenigen Tagen vor Ort musste Bodemann auf

einen Bombenanschlag beim deutschen Generalkonsulat in Mazar-e Scharif reagieren. Das Ausmass des Ereignisses war völlig unklar, die Örtlichkeit wenig bekannt und die einzusetzende Truppe eben erst unterstellt worden. Die Zeit der Entscheidung drängte sehr, da zum Einsatzort noch eine Stunde Fahrzeit verstrich. Zum Glück für die Betroffenen und Beteiligten verlief die geplante Aktion erfolgreich.

Mart de Kruif hatte Todesfälle zu betrauern und wurde von der Politik bedrängt, weitere Aktionen abzusagen. Aber im Sinn der Gesamtplanung waren die vorbereitenden Aktionen entscheidend. Nach einer Beratung im Stab, entschied er, dem militärischen Plan treu zu bleiben, was trotz der belastenden Situation von

den Untergebenen verstanden wurde.

Lehren

Zum Abschluss der Tagung zog Divisionär Daniel Keller, Kommandant der Höheren Kaderausbildung der Armee (HKA) und Stabschef Operative Schulung (SCOS), aus den Referaten Lehren und Konsequenzen für die Ausbildung und Führung in der Schweizer Armee. In den Führungslehrgängen der HKA würden systematische Entscheidungsprozesse regelmässig geübt. So können sich junge Führungskräfte in militärischen Kursen wichtige Grundlagen für die Entscheidfindung in ihrer zivilen Tätigkeit aneignen.

Die Herbsttagung 2019 findet am 7. September statt zum Thema #social media. Tr

Militärpolizei durch die Russische Föderation überprüft

Auf Ersuchen der Russischen Föderation hat im September im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und gestützt auf die Bestimmungen über die vertrauens- und sicherheitsbildenden Massnahmen des Wiener Dokuments 2011 ein Team von drei russischen Of-

fizieren die Militärpolizei an ihren Standorten Sion, Bern, Payerne, Bière und Sierre überprüft. Die Überprüfung des Truppenteils beinhaltete Orientierungen durch die Truppenkommandanten, Besuche bei der Truppe und Überprüfung der im Rahmen der OSZE ausgetauschten Informationen bezüglich Personal-

bestände sowie Anzahl und Typ der vorhandenen Hauptwaffensysteme.

Die Überprüfung von Truppenteilen ist wie die Inspektion militärischer Aktivitäten eine Verifikationsmöglichkeit und gehört zu den vertrauens- und sicherheitsbildenden Massnahmen. Sie erlaubt aufgrund festgelegter Überprü-

fungsquoten jedem OSZE-Teilnehmerstaat, die im Rahmen des jährlichen Austausches von Informationen über militärische Streitkräfte bekanntgegebenen Daten vor Ort zu überprüfen. In der Schweiz war im Jahr 2018 ein solcher Überprüfungsbesuch vorgesehen. dk